

Ehemals zugesagter Zuschuß fällt nun erheblich geringer aus

Stadt springt mit 50 000 Mark für Synagogenrestaurierung ein

Aber: Schösserverwaltung zeigt Interesse an späterer Übernahme

Ansbach. Erheblich weniger Geld als ursprünglich angenommen wird die Stadt vom Landesamt für Denkmalpflege für die Instandsetzung der Ansbacher Synagoge bekommen. Der ursprünglich zugesagte Zuschuß wurde nun vom Kultusministerium auf 40 000 Mark verringert. Der Haupt- und Finanzausschuß des Stadtrats beschloß deshalb aufgrund der Bedeutung des Baudenkmals, selbst die nun aufgetauchte Deckungslücke von 50 000 Mark zu übernehmen, die ein Sechstel der Gesamtkosten darstellen.

Im Hauptausschuß äußerten Sprecher von CSU und SPD erheblichen Ärger über das Verhalten des Landesamts für Denkmalpflege. Es sei typisch, daß zuerst hohe Zuschüsse zugesagt, später aber ein Rückzieher gemacht werde, hieß es. Trotzdem waren die Ausschußmitglieder bereit, die Kostenlücke für die Renovierung der eigentlich der israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg gehörenden Synagoge abzudecken.

Begründet wurde das mit dem hohen kulturhistorischen Wert des Baus mit seiner aus der Zeit des letzten Markgrafen Alexander erhaltenen intakten Innenausstattung. Das Gebäude in der Rosenstraße sei eine der wenigen Syn-

agogen, die die Kristallnacht überlebt haben, unterstrich der Oberbürgermeister. Er verwies allerdings auch auf die Kosten, die der Stadt ohnehin entstehen, weil auch das früher zur Synagoge gehörende Dienerhäuschen mit dem Frauenbad renoviert wird.

Allerdings bestehe die Hoffnung, daß die Stadt auf Dauer möglicherweise nicht mehr für den Bauunterhalt der Gebäude, die man einmal als Einheit besichtigen können soll, aufkommen muß, sagte Dr. Zumach. Er habe bereits mit dem Präsidenten der Bayerischen Schösserverwaltung, von Crailsheim, gesprochen. Der habe durchaus Bereitschaft gezeigt, die Bauten einmal in die Verwaltung seiner Behörde zu übernehmen, wie es bei Konzentrationslagern auch schon geschehen sei. Fri